

Beschluss der Mitgliederversammlung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Kreisverband Leipzig

10. Juli 2012

5

Gegenstand:

Bildungsnotstand

10

AntragstellerIn:

Vorstand Kreisverband Leipzig

Bemerkungen:

15



20

Abstimmung:

Stimmen abgegeben: _____

Gültig: _____

Ja: _____ Nein: _____ Enth: _____

25

Zurückgezogen:

Modifizierte Übernahme:

"Bildungsnotstand in Stadt und Land mit grünen Aktionen und Konzepten entgegenwirken"

5

Der Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen Leipzig stellt fest:

10 die Situation im Sächsischen Bildungssystem stellt eine Gefährdung für den Bildungs- und Lebensweg der SchülerInnen auch und gerade in Leipzig dar. Lehrermangel und marode Schulen treffen in den Großstädten aufeinander und führen zu teilweise untragbaren Zuständen. Die Umsetzung der Schulnetzplanung droht angesichts steigender Schülerzahlen nur noch eine Mangelverwaltung darzustellen, die den zunehmenden Lehrermangel lediglich vertuscht. Das von der UN-Behindertenrechtskonvention eingeforderte gemeinsame Lernen von behinderten und nicht-behinderten SchülerInnen (Inklusion) wird durch die Staatsregierung

15 faktisch nicht umgesetzt und durch die Stadt nicht unterstützt. Es ist zu befürchten, dass jeglicher pädagogischer Anspruch dem Diktat des Finanzministers und der Unfähigkeit der sächsischen Staatsregierung, Fehler anzuerkennen und Konsequenzen zu ziehen, zum Opfer fällt.

20 Wir Grüne können diese Entwicklung nicht zulassen und wollen dem Bildungsnotstand in Stadt und Land mit grünen Aktionen und Konzepten entgegenwirken.

25

Der Kreisverband Leipzig begrüßt

30 die vom Landesvorstand geplante Bildungskampagne und setzt sich dafür ein, dass diese in enger
Zusammenarbeit mit den Kommunal- und LandespolitikerInnen und der LAG Bildung sowie den
Kreisverbänden gestaltet und durchgeführt wird. Der Kreisverband Leipzig wird sich aktiv
einbringen, das Thema Bildungsnotstand zu einem zentralen Thema in allen Wahlkämpfen bis zur
Landtagswahl 2014 zu machen. Wir Grüne, denen im Bereich der Bildung große Kompetenzen
35 zugeschrieben werden, müssen die Brisanz der Situation nach außen deutlich machen. Wir sind
gefordert, Lösungsvorschläge zu erarbeiten und deren Umsetzung deutlich zu fordern. Dies kann
aber nur in enger Zusammenarbeit zwischen BildungspolitikerInnen und Bildungsfachmenschen
auf allen Partei- und Fraktionsebenen zielführend geschehen. Dabei dürfen wir aber nicht stehen
bleiben. Jenseits der Bewältigung des Notstandes müssen von uns Perspektiven für eine bessere
40 Bildung entwickelt werden.

Der Kreisverband Leipzig fordert deshalb

- 45 1. dass im kommenden Haushalt 2013/14 sowie in der mittelfristigen Finanzplanung die
notwendigen Mittel bereitgestellt werden, um dem derzeit vorhandenen Stellenumfang zu sichern
und ein Schulbauinvestitionsprogramm im Umfang von mindestens 500 Mio. € Fördermittel in den
kommenden zehn Jahren aufgelegt wird,
- 50 2. zur kurz- und mittelfristigen Gewinnung von Lehrernachwuchs in Mangelfächern gezielt
Lehramtsabsolventen aus Bundesländern mit Absolventenüberhang geworben und ein
qualifiziertes und qualifizierendes Seiteneinsteigerprogramm aufgelegt wird,
- 55 3. zur Steigerung der Attraktivität der Lehrerstellen in Sachsen die Vergütung für Berufseinsteiger
in allen Schularten einheitlich auf gymnasialem Niveau (Entgeltgruppe E 13) erfolgt,
4. dass eine verantwortliche Umsetzung der Schulnetzplanung für die Stadt Leipzig erfolgt, die
Wohnortnähe, angemessene Klassengrößen sowie Ganztagschulen erlaubt,
- 60 5. dass die Stadt Leipzig ein Schulbauinvestitionsprogramm im Umfang von 500 Millionen Euro in
den kommenden zehn Jahren auflegt, dass unter maximaler Nutzung der vorhandenen
Landesmittel sowohl dem Anstieg der Schülerzahlen als auch dem Abbau des Investitionsstaus
gerecht wird,
- 65 6. dass aus klimapolitischen, finanzpolitischen und umweltbildungspolitischen Gründen dabei für
Neu- und Altbauten energetische Standards verbindlich gelten, die über die
Energieeinsparverordnung deutlich hinausgehen,
- 70 7. dass die Stadtverwaltung einen Aktionsplan schulische Inklusion erarbeitet, der sowohl im
Rahmen von Schulnetz- und Schulbauplanung die notwendige Schaffung der Barrierefreiheit
berücksichtigt, die Bereitstellung der notwendigen Fachkräfte in kommunaler Verantwortung
absichert, und die Vernetzung der zuständigen Akteure für die Integration von SchülerInnen mit
sonderpädagogischen Förderbedarf vorantreibt,
- 75 8. dass die Stadtverwaltung eine Planung vorlegt, um bis 2020 ein bedarfsgerechtes Angebot an
SchulpsychologInnen und SchulsozialarbeiterInnen zu gewährleisten, dass den steigenden
Schülerzahlen und den zunehmenden sozialen und psychologischen Problemlagen in einzelnen
Stadtteilen und Schulen gerecht wird.